



SCHULDENBREMSE

Einschnitte von Schritt 1 sind bekannt! Wie werden wir bis 2020 zur Kasse gebeten?

Eine Zusammenfassung von Dirk Schnubel

Der Begriff Schuldenbremse hat durchaus das Potenzial, in naher Zukunft zum Unwort des Jahres gekürt zu werden. Was verbirgt sich hinter dem zunächst harmlos klingenden Begriff?

Der Grundstein wurde in der Föderalismuskommission II zwischen Bund und Ländern am 12. 2. 2009 gelegt. Danach hat der Bundestag mit der erforderlichen „Zweidrittelmehrheit“ und anschließend der Bundesrat einer entsprechenden Grundgesetzänderung zugestimmt. Lediglich die Länder Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein stimmten dagegen.

Also auch das Saarland hat unter der damaligen CDU-Landesregierung der Schuldenbremse zugestimmt!

Was bedeutet dies nun?

Das Saarland ist grundgesetzlich verpflichtet (da gibt es kein Zurück, es sei denn das Grundgesetz würde wieder geändert), für den Zeitraum 2011 bis 2020, 800 Millionen Euro im Haushalt einzusparen. Also jedes Jahr bis 2020 80 Millionen Euro, nicht weniger, durchaus aber mehr. Dafür bekommt das Saarland pro Jahr Strukturhilfen von 260 Millionen Euro, in der Summe also 2,6 Milliarden Euro bis 2020.

Der öffentliche Dienst im Saarland ist mit 30 Millionen Euro pro Jahr an den Einsparungen beteiligt. In der Summe muss der öffentliche Dienst bis 2020 also 300 Millionen Euro einsparen – selbst dann, wenn sich die Steuereinnahmen positiv entwickeln sollten.

Was ist nun für das Jahr 2011 an Einsparungen im öffentlichen Dienst geplant?

Zunächst soll es für die Beamten 2011 eine „Nullrunde“ geben. Dies bedeutet bei einer Preissteigerungsrate zwischen 1 und 2% einen nicht unerheblichen

Reallohnverlust. Auch bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst ist man von Seiten der Jamaika-Koalition offenbar zu keiner Lohnerhöhung bereit. Geplant ist also auch hier eine „Nullrunde“ für unsere Kolleginnen und Kollegen aus dem Tarifbereich. Verfolgt man die Lohnabschlüsse in der sogenannten „freien Wirtschaft“ (Bsp.: Metallindustrie NRW 3,6%) wird jedem klar, dass die Einkommensschere an der Stelle immer weiter auseinander klafft. Für den öffentlichen Dienst und speziell auch die Polizei gilt offenbar folgende Gleichung: Wir werden zahlenmäßig immer weniger + der Arbeitsanfall wird immer größer = dafür bekommen wir weniger Lohn und Gehalt! Ist doch logisch? Oder?

Das Beförderungsbudget wird auf eine Million Euro halbiert.

In der Beihilfe wird eine gestaffelte „Kostendämpfungspauschale“ eingeführt, wobei die Landesregierung darauf verweist, dass es eine Kostendämpfungspauschale schon in acht weiteren Bundesländern gibt. Sie ist sozial gestaffelt, an die Regelung in Rheinland-Pfalz angelehnt und beträgt für die Besoldungsgruppen

A 7/A 8 – 100 Euro

A 9 bis A 11 – 150 Euro

A 12 bis A 15 – 300 Euro

A 16/B 2/B 3 – 450 Euro

Leistungen für Sehhilfen (nur in Ausnahmefällen) und Heilpraktiker sind nicht mehr beihilfefähig. Wie sich das auf die Krankenkassenbeiträge bzw. die Leistungen der Krankenkassen auswirkt (BE-Tarif) bleibt abzuwarten. Unser Beihilfeteam überprüft zurzeit die Wechselwirkung zwischen Wegfall einer Beihilfeleistung und möglichem Leistungsausschluss des BE-Tarifs. Positiv wirken sich folgende Regelungen aus:

Pro berücksichtigungsfähigem Kind werden 40 Euro von der Kostendämp-

fungspauschale abgezogen. Für den A 9er mit zwei berücksichtigungsfähigen Kindern bedeutet dies, dass seine Kostendämpfungspauschale anstatt 150 Euro nur 70 Euro beträgt (150 – 2 x 40 Euro). Ebenfalls positiv zu bewerten ist der Umstand, dass berücksichtigungsfähige Angehörige von der Kostendämpfungspauschale umfasst werden, d. h. die berücksichtigungsfähige Ehefrau des A 9ers braucht nicht auch noch 150 Euro zu zahlen.

In Wegfall kommen auch die Zuzahlungen für Medikamente, Fahrtkosten und stationäre Aufenthalte. Für ein Medikament, das mehr als 26 Euro kostet wird ab 2011 also nicht mehr der Eigenbehalt von 5 Euro abgezogen.

Für Empfänger von Versorgungsbezügen reduziert sich die Kostendämpfungspauschale um 30 auf 70%, d. h. dass derjenige, der seine Versorgungsbezüge aus der A 9 erhält, nur mit 105 Euro belastet wird (aktiver A 9er 150 Euro).

Des Weiteren gibt es personenbezogene Ausnahmen von der Kostendämpfungspauschale (Empfängerinnen und Empfänger von Anwärterbezügen sind z. Bsp. befreit) und aufwendungsbezogene Ausnahmen (z. Bsp. Maßnahmen zur Früherkennung von Krankheiten).

Für nähere Auskünfte wendet euch bitte an den PHPR, Udo Ewen, 0681/501-6470.

Die Eingangsbesoldung neu in den gehobenen oder höheren Dienst eingestellter Beamte soll für die Dauer von zwei Jahren im Grundgehalt um eine Besoldungsstufe abgesenkt werden.

Gewerkschaftliche Position

DGB Saar, GEW Saarland, IG BAU Rheinland-Pfalz/Saarland, ver.di Saar

Fortsetzung auf Seite 2



SCHULDENBREMSE

Fortsetzung von Seite 1

und GdP Saarland lehnen die Schuldenbremse ab. Sie befürchten, dass hierdurch die Eigenständigkeit des Saarlandes gefährdet wird und halten die erste von zehn Runden an Einschnitten nicht nur für ungerecht, sondern auch für völlig sinnlos. „Wer ausschließlich und allein die Neuverschuldung auf dem Rücken der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes begrenzen, nicht einmal stoppen will, dabei aber am riesigen Altschuldenberg von über 11 Milliarden(!) Euro nicht einmal ansatzweise etwas verbessert, leistet Schildbürgerarbeit und ist erfolgloser als Sisyphos in den Sagen des klassischen Altertums“, so der DGB-Landesvorsitzende Eugen Roth. Um die Eigenständigkeit des Saarlandes zu wahren, so der DGB-Landesvorsitzende, müsse sofort auf ein Aussetzen der die Eigenständigkeit des Saarlandes abwürgenden Schuldenbremse hin gewirkt und zugleich alle politischen Anstrengungen auf enorme Ein-

nahmestärkungen der öffentlichen Haushalte gedrängt werden.

„Wer versucht, der Bevölkerung die Halluzination der Rettung durch Streichungen bei öffentlichen Dienstleistungen und öffentlichem Personal einzureden, der täuscht das Volk und wird für ein böses Erwachen nach Runde 10 der Umsetzung der Schuldenbremse sorgen.“, so der DGB-Landesvorsitzende. Die Unsinnigkeit des begonnenen, politischen Weges der Beschädigung der öffentlichen Dienstleistungen ist noch viel gravierender als die ebenso berechtigt aufgeworfene Gerechtigkeitsfrage. Schließlich haben die öffentlich Bediensteten bereits neben ihrer Arbeit im Dienste des Saarlandes und seiner Menschen schon viele persönliche Opfer durch Leistungsstreichungen und Einkommenseinbußen erbracht. Alle waren jedoch bisher sinnlos auf dem Weg zur Konsolidierung der Situation des Landeshaushalts. Mit dem gestern verkündeten Kabinettsbeschluss begehrt die Landesregierung elf Monate nach der Wahl zudem offenen Wortbruch: Das Versprechen im Koalitionsvertrag, bei der Bildung nicht zu sparen, entpuppt sich als Blendwerk, um die Grünen zum Tempel der Macht nach „Saarmaika“ zu locken. Jetzt präsentiert Peter Jacoby die Reisekosten. Roth weist darüber hinaus darauf hin, dass die Streichmaßnahmen des Landes sich mit den Streichmaßnahmen der Bundesregierung zu einer Wachstumsbremse für die Binnenkonjunktur addieren werden. Die Schaukelpolitik der Standardabsenkung öffentlicher Dienstleistungen und beim öffentlichen Personal nach unten wird am Ende auf dem Rücken der Standortqualität und damit der ortsansässigen Unternehmen und der gesamten Bevöl-

kerung ausgetragen, so der DGB-Landesvorsitzende. „Wer etwas anderes weismachen will, versucht der Bevölkerung etwas falsches vorzutäuschen“, so Roth. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes unter dem Dach des DGB wollen zusammen mit dem Deutschen Beamtenbund/Tarifunion den Kurs der Landesregierung in einem Spitzengespräch mit dem Ministerpräsidenten des Saarlandes klären und weitere Maßnahmen und Aktionen auch davon abhängig machen. Insbesondere die schon jetzt weit vor Beginn der Tarifrunde 2011 im öffentlichen Dienst angekündigten Nullrunde für Beamtinnen und Beamte stelle einen nicht unwesentlichen Versuch dar, in die Tarifrunde bereits vorweg einzugreifen. „Dies wollen und können wir nicht dulden!“, so Roth. Eine andere Politik ist nach Auffassung des DGB und seiner Gewerkschaften möglich und notwendig.

Auch in der saarländischen Presse wird die Schuldenbremse durchaus kritisch gesehen. Guido Peters überschreibt seinen Kommentar in der SZ vom 6. 10. 2010 mit dem Titel „Saarland mit Brems Spuren“ und „Das Spar-Diktat lässt politische Bekenntnisse schrumpfen“. Peters kommentiert weiter: „Vielleicht zwei oder gar drei Mal lässt sich die jährliche finanzpolitische Prozedur wiederholen. Alles weitere beschädigt das Land“. „Die Schuldenbremse – von der Union vehement unterstützt – belastet das Land“, so Peters weiter.

Und letztlich ist noch ein Zitat von Peter Jacoby interessant und auslegungsfähig. Er sagte: „Es wird an den Punkt kommen, wo es keine Tabus mehr gibt“. Meint unser Finanzminister damit etwa die Eigenständigkeit des Saarlandes?

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Dezember-Ausgabe unseres Landesteils ist der **6. November 2010**.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Saarland**

Geschäftsstelle:
Kaiserstraße 258
66133 Saarbrücken
Telefon (06 81) 84 12 410
Telefax (06 81) 84 12 415
Homepage: www.gdp-saarland.de
E-Mail: gdp-saarland@gdp-online.de

Redaktion:
Dirk Schnubel (V. i. S. d. P.)
Örtlicher Personalrat beim PB Saarlouis
Alte-Brauerei-Straße 3
66740 Saarlouis
Telefon: (0 68 31) 9 01-1 39
E-Mail: dirk.schnubel@superkabel.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleucker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32
vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96 0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6489

SCHULDENBREMSE

Hört auf mit diesem Murks!

Ein Kommentar von Hugo Müller

Als Schuldenbremse wird in Deutschland eine Regelung bezeichnet, die die Föderalismuskommission Anfang 2009 beschlossen hat. Sie zielt darauf ab, dass Netto-Neuverschuldungen ab einem gewissen Zeitpunkt nicht mehr erfolgen. Art. 143 d GG sieht die erstmalige Anwendung dieser Neuregelungen (Art 109 und 115 GG) für das Haushaltsjahr 2011 vor. Die Einhaltung der Vorgabe des

„ausgeglichenen Haushalts“ ist für den Bund ab dem Jahr 2016 und für die Länder ab dem Jahr 2020 zwingend vorgesehen. Der Deutsche Bundestag hat der Regelung zugestimmt und am 29. Mai 2009 die erforderlichen Verfassungsänderungen in die Wege geleitet. Am 12. Juni 2009 hat auch der Bundesrat mit Zwei-Drittel-Mehrheit für die Verfassungsänderung votiert. Nur die Länder



SCHULDENBREMSE

Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein stimmten der Regelung nicht zu.

Diese schlichte und einfache Definition, die im Internet in Wikipedia zu lesen ist, und die ganz offensichtlich im vergangenen Jahr trotz heftiger Kritik insbesondere der öD-Gewerkschaften auch vom Saarland mitgetragen wurde, entfaltet in diesen Tagen ihre eigentliche Wirkung, oder besser gesagt, zeigt sie ihr hässliches Gesicht. Im Saarland muss in den kommenden Jahren bis 2020 eine strukturelle Ausgabenminderung von 800 Millionen Euro gewährleistet werden; der öffentliche Dienst wird hiervon eine Größenordnung von 40%, also ca. 300 Millionen,

tragen müssen. Mittlerweile wissen wir, wie die erste „Spar-Rate“ im Jahr 2011 aussieht. Besonders heftig wirken dabei die Veränderungen in der Beihilfe. Eine von der jeweiligen Besoldungsgruppe abhängige Kostendämpfungspauschale zwischen 100 und 450 Euro, angereichert mit dem Wegfall der Beihilfefähigkeit von Heilpraktikerleistungen und Sehhilfen, sollen 8 Millionen Euro Kürzungen realisieren. Sind wir einmal ehrlich: Eine ungebremste Fortsetzung bis zum Jahr 2020 käme einer Zerschlagung des öffentlichen Dienstes im Saarland gleich. Angesichts der in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten bereits vorgenommenen Einsparungen wird der öffentli-

che Dienst am Ende der Schuldenbremse jegliche Attraktivität verloren haben. Es ist nur allzu gut verständlich, dass mittlerweile immer öfter die Botschaft erklärt wird: Was nützt uns angesichts dieses Dramas noch ein eigenständiges Bundesland? Und ich füge hinzu: Wer Millionen locker machen kann für neue Ministerien und hoch dotierte Stellen, für Steuergeschenke an machthungrige Polit-Barone oder für misslungene Kulturstiftungen und unnötige Pseudo-Erlebniswelten, der sollte sich schämen, hinterher den kleinen Beamten das Geld aus der Tasche zu ziehen!

Hört auf mit diesem Murks!

TARIF

Verabschiedung von Michael Andrae

Unser Landesvorsitzender Hugo Müller hat im Rahmen einer Sitzung des Tarifforums Michael Andrae aus dem geschäftsführenden Landesvorstand verabschiedet. Michael ist seit 25 Jahren Mitglied der Gewerkschaft der Polizei. 1998 übernahm er das Amt des stellvertretenden Landesvorsitzenden und zeigte sich verantwortlich für den Tarifbereich im Landesvorstand. Im Jahr 2006 sorgte er zusammen mit Charly Recktenwald für eine schnelle und problemlose Überleitung der Beschäftigten der saarländischen Polizei in den Tarifvertrag der Länder. Beim Landesdelegiertentag 2010 stand er aus Rücksicht auf seine Gesundheit für eine Wiederwahl nicht mehr zur Verfügung. Wir von der Gewerkschaft der Polizei bedanken uns für seine langjährige Mitarbeit, wünschen Michael alles Gute und viel Gesundheit für die Zukunft.

Martin Speicher



Michael Andrae und Hugo Müller

KG MERZIG-WADERN

Neuer ÖPR-Vorsitzender

Am 4. Oktober legte Christof Wilhelm das Amt des ÖPR-Vorsitzenden im Polizeibezirk Merzig-Wadern nieder. Dies wurde erforderlich, da er den Bezirk Merzig-Wadern verlässt und eine neue Funktion in der Bereitschaftspolizei antritt. Als neuer Vorsitzender wurde Dieter Kiefer gewählt. Patric Enkirch rückt als ordentliches Mitglied in den Personalrat nach. Christof Wilhelm war seit Bestehen des Polizeibezirks ordentliches Mitglied im Personalrat, zunächst als stellv. Vorsitzender und ab 2003 als Vorsitzender. Für den GdP-Landesvorstand bedankte sich Charly Wannemacher bei Christof Wilhelm für sein Engagement in den vergangenen Jahren und wünschte ihm alles Gute für die neue Tätigkeit.

Charly Wannemacher



Charly Wannemacher und Christof Wilhelm

Abschluss von drei guten Beförderungsjahren

Ein Beitrag von Hugo Müller

Mit den Beförderungen zum 1. 10. 2010 ist – jedenfalls beförderungstechnisch – eine richtig gute Beurteilungsperiode abgeschlossen worden. Mit der Beförderung nahezu aller überdurchschnittlich Beurteilten im Bereich der Überleitungen sowie bei den Beförderungen von Lehrgangabsolventen nach A 10 von sogar durchschnittlich Beurteilten, ist eine Gesamtkonzeption beendet worden, die im Herbst 2007 von GdP und PHPR initiiert wurde. Insbesondere durch die Beförderungsmittel aus dem sog. Generationenpakt konnten letztendlich rund 2,1 Millionen Euro an Beförderungsmittel genutzt werden, wobei alleine aus dem Generationenpakt 700 000 Euro verursacht wurden. Die Vergleichstabelle zwischen den Beförderungsjahren 2005 bis 2007 und 2008 bis 2010 macht deutlich, welche Wirkung der Generationenpakt verursacht hat, macht aber auch deutlich, wie wichtig seine Fortsetzung für uns ist.

Hinzu kommen zum Beförderungstermin 1. 10. 2010 zwei Beförderungen zum Polizeirat. Unsere GdP-Kollegen Carsten Klein und Erik Schweitzer haben in diesem Jahr erfolgreich den Ratslehrgang absolviert. Wir gratulieren auch an dieser Stelle ganz herzlich!

Das Gesamt-Beförderungsbudget des Jahres 2010 liegt bei rund 720 000 Euro. Die Summe entspricht in etwa dem Betrag, der sich für die gesamte Beurteilungsperiode aus dem Generationenpakt errechnet hat. Man darf also etwas anders interpretieren: Das gesamte Beförde-

rungsjahr 2010 war ein reines Generationenpakt-Beförderungsjahr!

Auch einer der heftigsten Kritiker des Generationenpaktes ist am 1. 10. befördert worden, der Vorsitzende der DPoIG,

Horst Dörr: Die GdP gratuliert!

Wie zu jedem Termin gab es auch im Vorfeld des 1. 10. wochenlange intensive Gespräche zwischen Haus- und Abteilungsleitung und PHPR. Die Gespräche verliefen diesmal besonders harmonisch und ergebnisorientiert. Zuletzt war bei Innenminister Toscani und Staatssekretär Jungmann gar die Bereitschaft vorhanden, einem Herzensanliegen der GdP-Spitze bzw. des PHPR nachzukommen: Die „Mitnahme“ der sechs Kandi-

Beförderung nach	2005 bis 2007	2008 bis 2010	davon am 1. 10. 2010
A 9	195	98	1
A 9 ÜL	246	295	56
A 10 ÜL	120	236	1
A 10 FHS	97	123	30
A 11	61	173	28
A 12	38	70	14
A 13 gD	16	27	4
A 14	5	9	0
A 15	4	8	4
A 16	0	2	1
B 3	0	1	0

datinnen und Kandidaten für die Beförderung nach A 10 aus dem Rangdienstalter 2002. Mit dieser Maßnahme hat der Innenminister nicht nur sechs Menschen wirklich glücklich gemacht. So war es auch möglich, im Vorfeld der jetzt anstehenden Beurteilungsrunde wesentliche strukturelle Notwendigkeiten abzuschließen. Hierfür wollen wir GdP-seits ausdrücklich Lob und Anerkennung aussprechen!

FRAUENGRUPPE

Frauenpolitische Bildungsfahrt

Liebe Kolleginnen, wir wollen es auch dieses Jahr nicht versäumen, unsere seit Jahren beliebte Fahrt zu unternehmen. Der Vorstand hat deshalb folgendes geplant:

Wann: Freitag, 3. Dezember 2010, 11.00 Uhr

Wohin: Trier

Was: Geheimnis der Porta Nigra

Zunächst wollen wir uns zu einem verspäteten Frühstück treffen. Nach der interessanten Vorführung in der Porta Nigra, von 14.00 bis 15.15 Uhr, wollen wir uns danach wieder dem Treiben des Weihnachtsmarktes anschließen und je nach Lust und Laune die Kassen der Trierer Geschäfte durch unsere Geldgeschenke klingeln lassen.

Um 18.00 Uhr soll es ein gemeinsames Abendessen in einem Restaurant in Trier

geben. Aus organisatorischen Gründen und wegen der kurzen Anreise, wollen wir dieses Jahr darauf verzichten, einen Bus zu organisieren. Die An- und Rückfahrt wird mit der Regionalbahn ab Saarbrücken über Saarlouis erfolgen oder auch mit dem eigenen PKW möglich sein. Die Teilnehmerinnenzahl ist auf 45 Personen beschränkt.

Alle weiteren Informationen werden an dieser Stelle, im Internet, per Mail, rechtzeitig kommuniziert. Wie immer freut sich der Vorstand der Frauengruppe auf zahlreiche Anmeldungen von euch ab sofort an: GdP-Geschäftsstelle, 06 81/84 14 98, Vera Koch, 0 68 38/98 65-357 oder vkoch@land.slpol.de oder frauenbeauftragte-koch@web.de

Kinder sind natürlich bei uns herzlich willkommen. **Vera Koch**



V. l.: Carsten Klein, Hugo Müller, Erik Schweitzer



Sozialwerk der GdP-Saarland

Hotline: 0681-841240



Viel Meer. Wenig Preis.

Mein Schiff.



Mein Schiff 1 Kanaren mit Marokko

November 2010 – April 2011



Premium Alles Inklusive
7 Nächte inkl. Flug ab

995 €*

14 Nächte Premium Alles Inklusive ab 1.595 €*



Inklusivleistungen: ■ Speisen in den meisten Restaurants. Zusätzlich kostenlos ein umfangreiches Getränkesortiment auch außerhalb der Essenszeiten und in allen Bars und Lounges ■ Trinkgelder ■ Sport- und Gesundheitsangebote ■ Zutritt zu Spa-Bereich und Saunalandschaft ■ Entertainment & Edutainment ■ Kinderbetreuung mit Capt'n Sharky ■ Bordsprache Deutsch



* Flex Preis (limitiertes Kontingent) p. P. bei 2er-Belegung einer Innenkabine, inkl. Flug mit allen Abgaben und Zuschlägen, auch zur Luftverkehrssteuer, Zug zum Flug und Transfers.



Herzlich willkommen P 32

Die GdP ist natürlich nicht nur für die „alten Hasen“ im großen Polizei-Business Ansprechpartner, Stütze und Begleiter, sondern auch für die „Jungen“. So ist es nicht verwunderlich, dass nach der Neueinstellung von 116 KollegInnen Ende August für die JUNGE GRUPPE der GdP ein Termin den anderen jagte. Schließlich ging es darum, die neuen KommissaranwärterInnen der P32 angemessen bei der Polizei zu begrüßen und sie über die GdP zu informieren.

Los ging es bereits am Tag der Vereidigung, am 24. 8. 2010. Anlässlich dieses feierlichen Aktes in St. Ingbert war die JUNGE GRUPPE – gut erkennbar in ihren Polo-Shirts – ebenfalls vor Ort. Nicht nur um der Feierlichkeit selbst beizuwohnen, sondern auch um mit vielen Digital-kameras Bilder von den Kolleginnen und Kollegen und deren Angehörigen zu machen, die es später als Geschenk auf einer CD-Rom gebrannt für jeden gab.

Weiter ging es eine Woche darauf, am 30. 8. 2010, auf dem Wackenberg. Am „Vorstellungstag der Gewerkschaften“ hatten die Gewerkschaften die Möglichkeit, sich den „Neuen“ umfassend vorzustellen. Getreu dem Motto „das Beste kommt zum Schluss“ war die GdP mit der JUNGEN GRUPPE als letztes an der Reihe – um gerade noch verhindern zu können, dass die „Jungen“ vor teilweise unsachlichen und eintönigen Redebeiträgen gelangweilt einschlafen. Der GdP-Image-Film, der auch „frisch gedrehte“ Szenen von der Vereidigung beinhaltete, führte zu viel Begeisterung. „aahs“ und „oohs“ – nicht zuletzt, da ein Großteil der P32 das eigene Gesicht plötzlich auf der Leinwand entdeckte. Obwohl es nicht einmal das Ziel dieses Tages war, hagelte



Begrüßungsschwenken auf dem Wackenberg

es bereits während dieser Veranstaltung die ersten Beitrittserklärungen.

Eine Krönung stellte schließlich am 6. 9. 2010 das „Begrüßungs-Schwenken“ auf dem Wackenberg dar. Unter viel Zuarbeit der GdP-Aktiven des Landesvorstandes und der Kreisgruppen wurde die graue BFE-Halle von der JUNGEN GRUPPE in eine große GdP-Grillparty verwandelt, die pünktlich nach Dienstschluss bereits aus allen Nähten platzte. Bei frisch gezapftem Bier, Würstchen, Schwenker und einer tollen Stimmung war jegliches Eis schnell gebrochen, und die GdP war von vielen der neuen KollegInnen bereits als das erkannt worden, was sie besonders ausmacht: DER kompetente Ansprechpartner in Sachen „Polizei“ und allem, was dazu gehört. So jagte an den vielen Tischen und Bänken eine Frage die nächste, bis es allmählich Abend wurde.

Die JUNGE GRUPPE wird die

Kolleginnen und Kollegen der P32 natürlich auch in den kommenden Monaten und Jahren an der FH, sowie später in den Dienststellen begleiten und zeigen: wir sind für euch da!

JUNGE GRUPPE – gemeinsam stark!

*Andreas Rinnert,
Landesjugendvorstand*

KG NEUNKIRCHEN

Veranstaltungshinweis

Die Kreisgruppe Neunkirchen führt in diesem Jahr bereits am 8. 11. 2010, um 13.45 Uhr, ihre diesjährige Mitgliederversammlung, wie immer im Lokal Altsteigershaus durch.

Thema der Veranstaltung ist: das Sparpaket und seine Folgen für die Polizei und die Beschäftigten in der Polizei. Ein Thema, das auch nicht spurlos an den Senioren vorbei geht.

Alle sind herzlichst eingeladen.

Hartmuth Emmerich



Vorstellung der Gewerkschaften



Ausdauer und Professionalität zählen!

Die JUNGE GRUPPE Saarland kann einen großen „politischen“ Erfolg verzeichnen! Nachdem bereits seit über drei Jahren das Thema „einsatzbezogene Selbstverteidigung“ (SV) auf unserer Agenda stand, gibt es jetzt erste Veränderungen an der Fachhochschule für Verwaltung (FHSV), die unmittelbar auf die Initiative der JUNGEN GRUPPE zurückzuführen sind.

Aber von vorne: Auf Grund eigener Erfahrungen während der Studienzeit wurde im Landesjugendvorstand die Thematik SV erstmals im Winter 2007 diskutiert. Hauptkritikpunkte hierbei: Die Stundenanzahl von 60 Übungseinheiten à 45 min für das gesamte Studium wurde als zu gering erachtet und auch die Tatsache, dass im dritten Studienjahr (Hauptstudium 2) keinerlei SV-Unterricht mehr stattfand, wurde sehr negativ bewertet. Daraufhin wurde die Thematik von Toni Meier und Esther Schneider aufgearbeitet. So wurden u. a. alle Bundesländer (Fachhochschulen als auch die JUNGEN GRUPPEN) angeschrieben und zu den jeweiligen Rahmenbedingungen in den dortigen Studienplänen befragt. Die Rückmeldungen ließen das Saarland im Bundesvergleich nicht unbedingt glänzen.

Um sicherzugehen, dass die Rahmenbedingungen im Bereich SV aber auch von den Studierenden an der FHSV als problematisch angesehen wird, wurden damals zudem alle aktuellen Studienkurse an der FHSV (P27, P28, P29) im Zeitraum März/April 2008 mittels anonymisiertem Fragebogen befragt. Bei der Auswertung der Fragebögen konnte zusammenfassend festgestellt werden, dass rund 75% aller Studierenden der Meinung waren, dass der Stundenansatz für das Fach „Selbstverteidigung“ zu gering sei und sich explizit dafür aussprachen, den Stundenansatz zu erhöhen. Zudem waren sogar über 80% unzufrieden mit dem Zustand, dass im 3. Studienjahr gar kein SV-Unterricht mehr angeboten wurde.

Dieser Rückhalt aus dem Kreise der Studierenden war für das weitere Vorgehen der JUNGEN GRUPPE enorm wichtig.

Nachdem die Problematik im August 2008 in einem Gespräch mit dem damaligen Innenminister Klaus Meiser ausführlich dargestellt worden war, änderte sich zunächst jedoch nichts. Die JUNGE

GRUPPE ließ sich jedoch nicht entmutigen und blieb am Ball.

Dass die Platzierung des Themas „Selbstverteidigung“ ganz oben auf der Prioritätenliste der JUNGEN GRUPPE nicht ungerechtfertigt war, wurde durch die im Jahr 2009 von der GdP Bund groß angelegte Aktion „Keine Gewalt gegen Polizeibeamte“ untermauert. So wurde auch auf der gemeinsamen Landesjugendkonferenz der JUNGEN GRUP-



Esther Schneider

PEN Saarland und Rheinland-Pfalz im Oktober 2009 ein Antrag des Landesjugendvorstandes aus dem Saarland mit eindeutigen Forderungen zum Thema „Selbstverteidigung in der Aus- und Fortbildung“ beraten und einstimmig angenommen. Dieser Antrag wurde auf dem Landesdelegiertentag der GdP im April 2010 eingebracht und dort, auch durch die wortstarke Unterstützung unseres Landesvorsitzenden Hugo Müller, mit großer Mehrheit angenommen.

Die Thematik wurde daher auch im Gespräch der JUNGEN GRUPPE mit Innenminister Stephan Toscani und LtD. MR Wolfgang Klein (Leiter der Abt. D im MfIE) im Juni 2010 als ein Hauptanliegen vorgestellt (Bericht hierzu war in der Oktoberausgabe der DP zu lesen). Nachdem sich sowohl Herr Innenminister Toscani als auch Herr Klein sichtlich überrascht über die dargelegten Defizite für den Bereich der Selbstverteidigung in

Aus- und Fortbildung der saarländischen Polizei zeigten, wurde von Herrn Klein ein zeitnahes Gespräch mit den zuständigen Verantwortlichen der FHSV zugesagt, um den Sachverhalt zu prüfen. Auch wurde das professionelle Vorgehen der JUNGEN GRUPPE lobend hervorgehoben, das letztendlich sicher auch den Forderungen der JUNGEN GRUPPE Nachdruck verliehen hatte.

Die Zusagen von Herrn Innenminister Toscani und Herrn Klein, sich des Themas anzunehmen, wurden diesmal auch eingehalten. So waren Vertreter der JUNGEN GRUPPE am 6. September 2010 zu einem Gesprächstermin mit dem MfIE (Abt. D5) und der FHSV in das MfIE eingeladen worden. Gemeinsam mit PRin Carmen Diehl und PHK Klaus-Dieter Jochum (Vertreter der Abteilung D5 des MfIE), PR Michael Klos (Leiter des Fachbereichs Fortbildung an der FHSV), POR Stefan Noll (stellvertretender Leiter des Fachbereichs Polizei an der FHSV), POK Andreas Weyrich (hauptamtlicher Lehrbeauftragter für den Bereich „Selbstverteidigung“) sowie Andreas Rinnert, André Hoffmann, Toni Meier und Esther Schneider als Vertreter der JUNGEN GRUPPE galt es, Lösungsmöglichkeiten für die Problematik „Selbstverteidigung“ zu diskutieren.

In ihrer Begrüßung sprach Frau PRin Diehl ihre Anerkennung dahingehend aus, dass gerade von der JUNGEN GRUPPE dieses wichtige Thema aufgegriffen worden war. Auch von Seiten des MfIE und der FHSV wurden nach Prüfung der aktuellen Sachlage Defizite im Bereich der Selbstverteidigung erkannt. Trotz des bereits vollen Studienplans wurde seitens der FHSV eine Kompromisslösung erarbeitet, die das Stundendefizit im Bereich SV im 3. Studienjahr zumindest entschärfen soll und nach sachlicher und fachlicher Prüfung auch die aktuell einzig realisierbare Lösung darstellt:

Als Pilotprojekt werden bereits bei dem aktuellen Studienjahrgang P30, für den gerade das 3. Studienjahr begonnen hat, 16 zusätzliche Übungseinheiten SV für das 3. Studienjahr eingeplant. Da den Studierenden abzüglich Praktikum und vorlesungsfreier Zeit noch acht Monate an der FHSV verbleiben, führt dies dazu, dass jedem Kurs an einem Freitag im Mo-

Fortsetzung auf Seite 8



JUNGE GRUPPE

Fortsetzung von Seite 7

nat eine Doppelstunde SV zur Verfügung gestellt wird, um bereits erlernte Inhalte aus den vorangegangenen beiden Studienjahren zu wiederholen und zu verfestigen.

Die Teilnahme an diesen zusätzlichen Stunden ist für die Studierenden verpflichtend; für versäumte Stunden wird es ausreichend Gelegenheiten geben, diese nachzuholen. Da eine Änderung des Studienplans hinsichtlich der Gesamtstundenzahl kurzfristig nicht möglich ist, wird diese Zeit der Selbststudienzeit (Differenz zwischen den Gesamtwochenstunden an der FHSV und den von jedem/jeder Studierenden zu erbringenden 40 Wochenarbeitsstunden) angerechnet. Nach Ablauf des Studienjahres wird eine Bewertung des Pilotprojekts erfolgen und im Falle eines positiven Ergebnisses bei den nachfolgenden Studiengängen als standardisiertes Training fortgeführt werden.

Dass diese Stundenanzahl keineswegs ausreichend ist, ist allen Beteiligten bewusst. Weitergehende Änderungen können jedoch nur im Rahmen einer Überarbeitung des Studienplans, die nach Angaben von PHK Jochum ebenfalls notwendig ist, berücksichtigt werden.

Des Weiteren werden für den Bereich Selbstverteidigung, in dem aktuell ein

hauptamtlicher und drei nebenamtliche Lehrbeauftragte tätig sind, zwei Nebenamtlerinnen „bestallt“, um einerseits das Team um Andreas Weyrich zahlenmäßig zu verstärken und es gleichzeitig zu verjüngen, aber auch um dem Frauenanteil bei der Polizei gerecht zu werden.

Eine qualifizierte Aus- und Fortbildung der Lehrbeauftragten wird laut POR Michael Klos ebenfalls gewährleistet. Zudem soll durch die Überarbeitung des aktuellen Technikcatalogs ein modernes, erwachsenengerechtes Abwehr- und Zugriffstraining ermöglicht werden, welches in absehbarer Zukunft auch im Bereich der Fortbildung angeboten werden soll. Eine weitere Maßnahme soll die Übernahme sowohl der Schießausbilder als auch der Einsatztrainer (bisher angesiedelt bei WuG) zur FHSV sein, um eine bessere Zusammenarbeit der unterschiedlichen Bereiche zu gewährleisten. Hinsichtlich eines von der JUNGEN GRUPPE geforderten Einsatztrainingszentrums wurde von Ministeriumsseite mitgeteilt, dass der Bau eines solchen schon in der Finanzplanung mit rund 500 000 Euro berücksichtigt sei.

Am Ende der Gesprächsrunde wurde von allen Seiten die konstruktive Zusammenarbeit zwischen MfIE, FHSV und JUNGER GRUPPE als sehr positiv empfunden.

Nur kurze Zeit nach diesem Gespräch

wurde dem betroffenen Studienjahrgang in einem kurzen Informationsgespräch das Pilotprojekt vorgestellt. Auch hier war die JUNGE GRUPPE von Seiten der FHSV eingeladen worden, aktiv daran teilzunehmen. So wurde das Pilotprojekt von PD Hans-Peter Schäfer (Fachbereichsleiter Polizei an der FHSV), POR Stefan Noll sowie Toni Meier und Esther Schneider von der JUNGEN GRUPPE in den betroffenen Kursen vorgestellt und dargelegt, wie es dazu kam. Die ersten Rückmeldungen der Studierenden waren sehr positiv.

In einem abschließenden Brief von Herrn Innenminister Toscani an die JUNGE GRUPPE dankte er dieser für ihre Initiative und ihr Engagement sowie die konstruktive Zusammenarbeit.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die JUNGE GRUPPE bewiesen hat, dass sie nicht nur Feiern kann, sondern auch bei ernststen Themen wie der Sicherheit der Kolleginnen und Kollegen durch Seriosität überzeugen und letztlich auch etwas bewegen kann.

Auf diesem Wege möchte sich die JUNGE GRUPPE auch bei Herrn Innenminister Toscani, Herrn LtD. MR Klein, der Abteilung D5 des MfIE sowie der FHSV für die konstruktive Zusammenarbeit bedanken!

*Esther Schneider,
Stellv. Landesjugendvorsitzende*

KG NEUNKIRCHEN

Am Sonntag, dem 19 September 2010, vollendete Herrmann Weber, bei bester Gesundheit, seinen 85 Geburtstag, wozu die Gewerkschaft der Polizei – Kreisgruppe Neunkirchen – recht herzlich gratulierte. Herrmann Weber ist seit über 50 Jahren treues Gewerkschaftsmitglied.

Wir wünschen ihm weiterhin noch gute Gesundheit und dass er noch lange in unseren Reihen verbleibt.

Armin Jäckle, Seniorenbetreuer



V. l.: Armin Jäckle, Herrmann Weber

KG ST. WENDEL

Jahresmitgliederversammlung

Die diesjährige Jahresmitgliederversammlung findet am 26. 11. 2010, ab 14:00 Uhr, im Regattahaus (Seglerheim) in Bosen statt. Auf der Tagesordnung stehen: Begrüßung, Anträge, Totenehrung, Grußwort(e), Jubilarehrungen, Berichte des Kreisgruppenvorsitzenden, des Kassiers und der Kassenprüfer sowie Aussprache zu diesen Berichten, ggf. (Teil-)Neuwahlen und Verschiedenes.

Hugo Müller wird intensiv über die aktuelle Situation im Land sprechen.

Abschließend wird uns Moni ein gutes Mahl bereiten.

Herzlich willkommen am Bostalsee in gemütlicher Runde!

Thomas Ehlhardt

LESERMEINUNG

Im Saarland hat jetzt nach der Probezeit der Echtbetrieb der neuen Führungs- und Lagezentrale begonnen. Dazu wurden vorher aus der sogenannten Fläche ca. 30 Beamtinnen und Beamte abgezogen. Es wurde gesagt, dass die neue Zentrale zur Entlastung der Beamten in der Fläche beitragen wird. Bei uns in Dudweiler ist das momentan nicht der Fall. Doppelerfassungen und damit ein Mehr an Arbeit ist erforderlich, weil die Daten aus secur CAD nicht in das Vorgangsbearbeitungssystem übertragen werden können.

Ich vermute diese Problem besteht im ganzen Land! Eine Schulung von mir und meinen Kollegen hat nicht stattgefunden. Dazu kommt, dass die Leistung der Computer bzw. der Übertragungsnetze doch sehr zu wünschen übrig lässt.

Aber mit der neuen Schnittstelle soll ja alles einfacher und besser werden!?

Ich bin ja schon mal froh, dass wir jetzt am neuen System beschult werden.

Detlef Feißt, Polizeiposten Dudweiler

